

3582/J XX.GP

der Abgeordneten Dr. Partik-Pablé, Lafer
und Kollegen

an den Bundesminister für Inneres

betreffend österreichischer EU-Ratsvorsitz

Österreich wird im zweiten Halbjahr 1998, nach Großbritannien im ersten Halbjahr 1998, den EU-Vorsitz übernehmen. Damit werden erhebliche Kosten entstehen und bedeutende Aufgaben im Rahmen der Gewährleistung der Sicherheit auf Österreich zukommen. Beim letzten Sicherheitsgroßaufgebot in Österreich waren über 1.000 Sicherheitsbeamte und eigene Leibwächter im Einsatz, um Israels Premier Benjamin Netanyahu bei seinem offiziellen Besuch in Österreich zu beschützen. Zwölf Transport- und acht bewaffnete Hubschrauber des Bundesheeres standen stets zur Verfügung, Experten des Entschärfungsdienstes und Sprengstoffsachverständige waren in Alarmbereitschaft.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Inneres folgende

Anfrage:

1. Welche Mehrkosten und welche Gesamtkosten werden für Österreich bzw. dem Bundesministerium für Inneres durch den EU-Ratsvorsitz entstehen?
2. Gibt es Vergleichswerte betreffend der Kosten und der zusätzlichen Aufgaben (wie Personenschutz, Objektsicherung...) durch Sicherheitsbeamte mit anderen Staaten, die bereits den EU-Ratsvorsitz hatten? Wenn ja, welche?
3. Wird auf Grund des österreichischen Ratsvorsitzes mit Demonstrationen, Attentaten, Ausschreitungen, Anschlägen usw. zu rechnen sein und wenn ja, welche Vorsorge haben bzw. werden Sie diesbezüglich treffen, um die Sicherheit der Bevölkerung und der ausländischen Gäste zu gewährleisten?
4. Wie viele Exekutivbeamte - welcher Einheiten - werden für die Sicherheitsvorkehrungen, welche im Rahmen des österreichischen EU-Ratsvorsitz notwendig sind, zur Verfügung gestellt? Werden die Kräfte des Innenministeriums dazu ausreichend sein, v.a. für einen effizienten Personenschutz? Wenn nein, welche anderen Sicherheitskräfte werden zusätzlich bereitgestellt?
5. Werden die zu schützenden Personen eigenes Sicherheitspersonal mitnehmen und wenn ja, wie ist der Waffengebrauch dieser privaten Überwachungspersonen geregelt?

6. Werden auch Kräfte des Bundesheeres zur „Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit im Inneren herangezogen werden?

Wenn ja, mit wievielen Kräften rechnen Sie und wurden bereits diesbezügliche Anforderungen an das BMLV gestellt?

7. Wieviele Exekutivbeamten - welcher Einheiten - waren beim Aufenthalt von Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu in Österreich im Sicherheitseinsatz und welche Kosten entstanden dadurch für Österreich?

8. Wird eine Gefährdung - wie beim Österreichaufenthalt Netanyahus - auch in und aus der Luft bestehen und wenn ja, wie wird der Luftraumschutz aussehen und wer wird diesen übernehmen?

9. Wurden bereits Vorkehrungen mit den Ländern betreffend der Koordination und der Kooperation, zwischen den Landes - und Bundesdienststellen, zur optimalen Gewährleistung der Sicherheit getroffen? Wenn ja, welche? Wenn nein, was ist diesbezüglich vorgesehen?